



Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der psychosozialen Beratung

Ziele, Leistungen, Qualitätsmerkmale für die Beratung von LSBTI* –

Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und ihren Angehörigen in NRW

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der psychosozialen Beratung

Ziele, Leistungen, Qualitätsmerkmale für die Beratung von LSBTI* –

Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und ihren Angehörigen in NRW

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Einleitung 6

Ausgangssituation 7

Blick in die Entstehungsgeschichte: Vom Ehrenamt zur Spezialberatung 7

Gutes Fundament: Starke und kompetente Selbsthilfe in NRW 8

Neue Herausforderungen: Zielgruppenspezifische Bedarfe 9

Vielfalt hält Einzug: Themen, Ansätze und Zielgruppen erweitert 9

Neue Adressat_innen: Queer, Trans* und Inter* 9

**Gesellschaftliche Entwicklungen: Fortschritte einerseits,
Homophobie und Benachteiligungen andererseits** 11

Immer noch Alltag: Strukturelle Diskriminierung, Ausgrenzung
und Gewalt 11

Stigmatisierungen hinterlassen tiefe Spuren:
Die psychosozialen Folgen von Diskriminierungs- und
Gewalterfahrungen 14

Herausforderungen in verschiedenen Lebensphasen 16

Jugend 16

Familiengründung/Familienleben 17

Bildungs- und Arbeitsleben 18

Fragen des Älterwerdens 19

**Intersektionaler Ansatz:
Komplexer Blick auf mehrdimensionale Diskriminierung** 20

Menschen mit Behinderung 20

Menschen mit Migrationsgeschichte 20

Genderspezifische Benachteiligungen 21

Ziele der psychosozialen Beratung	22
Gesellschaftliche Gleichberechtigung	22
Zugänglichkeit für Ratsuchende	22
Selbstbewusst und angstfrei leben	23
Gutes Leben	23
Erweiterung der Fachlichkeit	25
Leistungen der psychosozialen Beratung	26
Diskriminierungs- und gewaltfreier Raum	27
Betroffenenkompetenz, Feldkompetenz, Zielgruppennähe	27
Vielfalt im Angebot und in den Methoden	27
Fortbildung und Aufklärung	28
Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität: Die drei Säulen der Qualitätssicherung und -erweiterung	29
Die Basis: Institutionelle Rahmenbedingungen und Regeln des fachlichen Könnens	29
Säule 1: Die Strukturqualität	30
Säule 2: Die Prozessqualität	31
Säule 3: Die Ergebnisqualität	32
Kooperation, Vernetzung und verantwortungsvolle Lotsenfunktion im Sinne der Ratsuchenden	33
Quellen und Literaturhinweise	35
Anhang	38
Impressum	40

Vorwort



Menschen, die nicht dem erwarteten Geschlechtsrollenmodell entsprechen oder nicht heterosexuell leben und lieben, sind nach bereits erfahrener Ausgrenzung und Diskriminierung besonders verletzlich. Viel zu oft müssen sie Sorge haben vor Unverständnis,

Abwertung, Pathologisierung oder sogar homophoben oder transphoben Reaktionen. Und viel zu häufig finden sie keine Hilfe bei Ärzt_innen oder in einer klassischen Beratungsstelle. Mit dem Ergebnis, dass sie sich in ihrer Krisensituation auch vom Hilfesystem allein gelassen fühlen.

Der Bedarf ist groß, den psychosozialen Folgen von Stigmatisierung, Benachteiligung und Gewalt in einem geschützten Raum entgegenzuwirken. In Nordrhein-Westfalen steht deshalb LSBTI*Ratsuchenden mit den fünf vom Land geförderten Spezialberatungsstellen ein bundesweit einmaliges Angebot mit besonderen Leistungen zur Verfügung. Ziele und Arbeit der Beratungsstellen sind darauf gerichtet, Diskriminierungen von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten entgegenzutreten und die gesellschaftliche Teilhabe, das Selbstbewusstsein und das Empowerment der Betroffenen zu stärken.

Der ganzheitliche Blick der Beratungsstellen ist vor allem bei denjenigen Gruppen wichtig, die mehrdimensionalen Diskriminierungen ausgesetzt sind. So erfahren zum Beispiel Menschen mit Behinderung in vielen Fällen eine besondere Ausgrenzung: aufgrund ihrer Behinderung und aufgrund ihrer sexuellen Identität. Und Menschen mit Migrationsgeschichte werden oft von unterstützenden Angeboten nicht erreicht. Mangelnde Sprachkenntnisse, wenig Erfahrung mit den sozialen Strukturen des neuen Heimatlandes und religiös-kulturelle Tabus spielen eine große Rolle. Dazu kommen Diskriminierungen aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion, Herkunft.

Im Rahmen des „NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ wurde auch die Arbeit der Spezialberatungsstellen seit 2002 evaluiert. Das Ergebnis ist eindeutig: Der Bedarf an Spezialberatung ist groß, die Nachfrage ist im Laufe der Jahre stetig gestiegen. Das Themenspektrum der Ratsuchenden hat sich erweitert. Auch suchen neue Zielgruppen wie Trans und Inter* die Beratungsstellen auf. Ratsuchende fühlen sich gut angenommen und gut aufgehoben. Die Berater_innen unterstützen bei der Gestaltung der vielfältigen Lebensweisen jenseits des heteronormativ und zweigeschlechtlich geprägten Blickwinkels. Wenn es darum geht, an andere Stellen zu verweisen, übernehmen sie eine verantwortungsvolle Lotsenfunktion. Mit ihrer besonderen Kompetenz sind sie willkommene Ansprechpersonen im Netzwerk von allgemeinen und Spezialberatungsstellen.

Diese große Kompetenz der Beratungsstellen gilt es auf andere Hilfesysteme und in die Unterstützungsstrukturen zu übertragen. Nur so und nur in einem Klima der Akzeptanz können wir die Zielgruppen auch wirklich erreichen.

Leider ist es bislang nicht selbstverständlich, dass lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und inter* Menschen in einer Krisensituation eine klient_innenzentrierte psychosoziale Beratung erhalten. Die Themen sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität spielen in der Regel immer noch keine Rolle bei Aus- und Weiterbildungen von Berufen im Sozial- und Gesundheitswesen oder in entsprechenden Studiengängen.

Die weiterentwickelten Qualitätsstandards können für die Beratungspraxis eine gut geeignete Arbeitshilfe sein. Ich freue mich, dass wir von dem fachlichen Know-how und den wertvollen Erfahrungen aus dem Beratungsalltag der Spezialberatungsstellen profitieren konnten. Sie haben sich höchst engagiert und kompetent in den Prozess der Weiterentwicklung eingebracht. Dafür danke ich ihnen!



Barbara Steffens

Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Qualitätsstandards sollen Arbeitshilfen im Beratungsalltag sein. Diese Standards beschäftigen sich mit dem Thema sexuelle und geschlechtliche Identitäten. Was kennzeichnet die besondere Qualität der psychosozialen Beratung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*¹? Beschrieben werden Ziele und Leistungen sowie fachlich-inhaltliche Qualitätsmerkmale der spezialisierten Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen.

Zudem wird dargelegt, wie wichtig es ist, dass sich die Regelstrukturen noch stärker als bisher für die Belange von LSBTI* Ratsuchenden öffnen. Kooperation, Vernetzung der Angebote und der fachliche Austausch unterschiedlicher Einrichtungen spielen eine wichtige Rolle. Die Spezialberatungsstellen nehmen ihre Lotsenfunktion verantwortungsvoll wahr. Sie haben im Blick, ob die Voraussetzungen für eine Weiterverweisung gegeben sind.

¹ Im Folgenden LSBTI* genannt.

Ausgangssituation

Blick in die Entstehungsgeschichte: Vom Ehrenamt zur Spezialberatung

Aus Selbsthilfestrukturen der Lesben- und Schwulenbewegung entstanden zunächst ehrenamtliche Beratungsdienste. Es zeigte sich schon bald, dass die Bedarfe der Ratsuchenden ein über ehrenamtliche Strukturen hinausgehendes Angebot benötigen. Neben der fachlichen Professionalität der Spezialberatungsstellen ging es um Betroffenenkompetenz in der Hinsicht, dass Berater_innen¹ selbst lesbisch oder schwul waren.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Flächenland schon früh die Weichen für ein spezialisiertes Beratungsangebot gestellt. Bereits 1998 hat das Land ein „Arbeitsprogramm Antidiskriminierungspolitik zu Gunsten der gesellschaftlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen in NRW“ beschlossen. Damit war auch vorgesehen, ein Netz von Beratungsangeboten für ratsuchende Lesben und Schwule jeden Alters sowie für deren Angehörige zur Verfügung zu stellen. Ein Modellprojekt diente zunächst der Erfassung des Beratungsbedarfs in unterschiedlichen Standorten, der Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards, der Weiterentwicklung der Beratungspraxis sowie der Vernetzung der Angebote der psychosozialen Lesben- und Schwulenberatung.

Bereits während der Erprobungsphase ist der Anteil derjenigen, die die Beratungsstellen aufgrund ihrer spezifisch schwul-lesbischen Fachkompetenz aufsuchten, auf rund 92 % gestiegen. Die aus dem Modellprojekt hervorgegangenen fünf psychosozialen Beratungsstellen für Lesben, Schwule und deren Angehörige in NRW haben sich im Laufe der Jahre gut etabliert und genießen als hauptamtliche professionelle Einrichtungen der Beratung und Selbsthilfe eine hohe Akzeptanz und Wertschätzung. Sie binden und qualifizieren ihrerseits ein großes Potential an ehrenamtlich engagierten Beratungsinitiativen.

² Die Schreibweise mittels des Gender Gaps (z. B. Berater_innen) berücksichtigt alle sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten. Der Unterstrich bietet Raum für selbst gewählte Identitäten, mehr als nur weiblich und männlich.

Gutes Fundament: Starke und kompetente Selbsthilfe in NRW

Nordrhein-Westfalen hat eine starke und kompetente Selbsthilfe. Die vielfältigen Initiativen, Vereine und Selbsthilfeorganisationen der lesbischen und schwulen Community vernetzen ihre Arbeit in den landesweit arbeitenden Dachverbänden LAG Lesben in NRW e.V., Schwules Netzwerk NRW e.V., SchLAu NRW und dem LSVD e.V. Darüber hinaus gibt es das Bisexuelle Netzwerk e.V., das als Bundesverband auch in Nordrhein-Westfalen aktiv ist. Zudem sind verschiedene Gruppen, Vereine und Initiativen von und für transgener und transsexuelle Menschen aktiv, wobei die landesweite Vernetzung und der Austausch über ein Portal vom Land gefördert werden. Der Verein Intersexuelle Menschen e.V. unterstützt die Bildung von neuen Kontakt- und Selbsthilfegruppen in Nordrhein-Westfalen. Der Verein hat mit Förderung durch das Land ein eigenes Portal für Intersexuelle* und ihre Angehörigen aufgebaut, das Informationen und Beratungsangebote rund um das Thema Intersexualität bietet.

Fallübergreifend und auf den Einzelfall bezogen können alle Vereine und Initiativen der Selbsthilfe mit den fünf landesgeförderten psychosozialen Beratungsstellen gut kooperieren. Die psychosozialen Beratungsstellen werden von den ehrenamtlichen Initiativen bei ihrer Arbeit unterstützt. Zugleich entstehen auch neue Selbsthilfegruppen unter dem Dach der Beratungsstellen.

Neue Herausforderungen: Zielgruppenspezifische Bedarfe

Vielfalt hält Einzug: Themen, Ansätze und Zielgruppen erweitert

Im Laufe der Jahre haben sich sowohl die Zielgruppen als auch die Themen erweitert. Die Beratungsstellen, die zunehmend von neuen Zielgruppen aufgesucht werden, stellen sich den Herausforderungen und öffnen sich diesen Zielgruppen. Es hat sich herausgestellt, dass verschiedene Gruppen von LSBTI* ganz spezielle Frage- und Problemstellungen haben. Viele der Ratsuchenden erleben mehrdimensionale Diskriminierung aufgrund weiterer Merkmale wie Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Hautfarbe, Alter, Religion, Weltanschauung oder sozialem Status.

Neue Adressat_innen: Queer, Trans* und Inter*

Queer fungiert nicht als Identitätsbegriff, sondern verweist u. a. auf Praktiken und gesellschaftliche Positionen, die zweigeschlechtliche und heterosexuelle Normen in Frage stellen. Menschen, die queer leben, fühlen sich durch heterosexuelle Normen, das binäre Geschlechtersystem, aber auch durch die Normen der Lesben- und Schwulencommunities eingeschränkt.³

Trans* bezeichnet unterschiedliche Personengruppen, die für ihre Selbstbezeichnung verschiedene Begriffe benutzen, wie z. B. Transsexuelle, Transgender, Transidente, Transfrauen, Transmänner. Gemeinsam ist ihnen, dass das ihnen zugeordnete Geburtsgeschlecht nicht ihrer psychosexuellen Identität entspricht. Erschwerend kommt hinzu, dass die geschlechtliche Identität und das sexuelle Begehren heteronormativ als gekoppelt angesehen werden. Auf der Suche nach Orientierung und Rat kommen Trans*Menschen auch in Beratungsstellen für Lesben und Schwule, da es für sie kaum spezifische Beratungsangebote gibt.

Inter* steht für Menschen, die biologisch weder eindeutig männlich noch eindeutig weiblich sind. Mit ihrer bloßen Existenz stellen Inter* den unhinterfragten gesellschaftlichen Konsens des binären Denkens und Handelns in Frage.

³ Netzwerk Trans*-Inter*-Sektionalität (Hrsg.): Intersektionale Beratung von/zu Trans* und Inter*. Berlin 2013

Als Antwort werden in vielen Fällen immer noch geschlechtszuweisende Operationen an Kleinkindern durchgeführt, um ihre Körper an die zweigeschlechtliche Norm anzupassen. Sowohl die Operationen als auch die Verabreichung von körperfremden Hormonen geschehen dann aufgrund des Lebensalters ohne Einwilligung der Betroffenen. Eltern von intersexuellen Kindern berichten, dass sie von Mediziner_innen zu schnellen Entscheidungen gedrängt werden. Umgekehrt berichten Mediziner_innen, dass Eltern häufig selbst zur Operation drängen. Hier besteht großer Aufklärungs- und Beratungsbedarf. Im Erwachsenenalter kann es aufgrund der fremdbestimmten Geschlechtszuweisung und des diese oftmals begleitenden „Schweigegebotes“ bei intersexuellen Menschen zu gravierenden Schwierigkeiten im Finden der sexuellen Identität kommen. Intersexuelle Menschen finden derzeit noch selten den Weg in Beratungsstellen. Die Spezialberatungsstellen arbeiten weiter an der Öffnung für diese Zielgruppe.

Gesellschaftliche Entwicklungen: Fortschritte einerseits, Homophobie und Benachteiligungen andererseits

Im Vergleich zu den Anfängen der psychosozialen Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen haben sich die gesetzlichen Grundlagen für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität insbesondere durch das Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (LPartG) und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbessert. Jedoch sind weiterhin Anstrengungen nötig, LSBTI* in allen Lebensbereichen eine diskriminierungsfreie Teilhabe zu ermöglichen, zumal immer noch ein Fünftel der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen homophobe Einstellungen hat⁴.

Immer noch Alltag: Strukturelle Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* entsprechen nicht dem in unserer Gesellschaft vorherrschenden heteronormativ geprägten Leitbild und bilden im Hinblick auf ihre sexuelle und geschlechtliche Identität eine Minderheit. Heteronormativität bezeichnet die unhinterfragte Dominanz von Heterosexualität mit den damit verbundenen Vorstellungen von weiblichen und männlichen Geschlechtsrollenzuschreibungen und dem Ideal der gegengeschlechtlichen bürgerlichen Ehe und Familie, wie sie immer noch typisch für unsere Gesellschaft ist.

Aufgrund der Tatsache, dass heterosexuelle Lebensweisen und Ordnungsvorstellungen in unserer Gesellschaft allgemein gültig sind, werden Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität in vielen gesellschaftlichen Bereichen des Lebens sowohl mit strukturell bedingter Diskriminierung als auch mit offener Ausgrenzung und Gewalt konfrontiert.

⁴ Vgl. Küpper, Beate und Andreas Zick: Homophobie in Nordrhein-Westfalen. Sonderauswertung der Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Hg. v. Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2012

Strukturelle Diskriminierung von nicht-heterosexuellen Identitäten, die nicht mehrheitskonform sind, äußert sich z. B. in

- der weitgehenden Unsichtbarkeit von lesbischen und schwulen Lebensentwürfen und -weisen in vielen Lebensbereichen
- der Reduzierung von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität auf die sexuelle Praktik
- der Tatsache, dass viele junge Menschen aufwachsen, ohne dass ihnen selbstverständlich wertfreie Informationen und Wissen über andere sexuelle Identitäten, Liebes- und Lebensformen zugänglich sind
- der Abwertung von homo- und transsexuellen Identitäten als eine „Phase“ in der Entwicklung von Jugendlichen
- den Benachteiligungen unter anderem im Familienrecht, im Erwerbsleben, im pädagogischen Kontext und im Gesundheitsbereich
- Versuchen der Konversion der sexuellen Identität
- der Abwertung der Elternschaft von Lesben und Schwulen
- dem weit verbreiteten gesellschaftlichen Bedürfnis nach sozialer Distanzierung zum Thema Homosexualität und lesbisch-schwulen Zusammenhängen sowie zu bisexuellen, trans* und inter* Themen und Kontexten (Homo- und Transphobie)

Daneben sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* auch mit offener Diskriminierung und Gewalt konfrontiert.

Eine EU-Studie aus dem Jahr 2013 hat unter 11.000 befragten Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Trans* folgende Erfahrung mit Diskriminierung und Gewalt ermittelt:

- 46 % (47 % EU-Durchschnitt) der deutschen Studienteilnehmer_innen gaben an, in den letzten 12 Monaten aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität diskriminiert oder angegriffen worden zu sein.
- 21 % der befragten Deutschen wurden bei der Jobsuche oder auf der Arbeit diskriminiert (20 % EU-Durchschnitt).
- 32 % der LSBT* wurden als Kund_innen, bei der Wohnungssuche, im Gesundheits- und Sozialwesen, im Geschäft etc. diskriminiert (32 % EU-Durchschnitt).
- 90 % der Befragten hatten vor ihrem 18. Lebensjahr in der Schule negative Kommentare zu LSBT* gehört.

Spezielle Anhaltspunkte für Diskriminierungs- und/oder Gewalterfahrungen von Trans* und Inter* geben die Studie des LSVD über die Lebenssituation von Transsexuellen in Nordrhein-Westfalen und die Stellungnahme des Deutschen Ethikrates zur Intersexualität.

Stigmatisierungen hinterlassen tiefe Spuren: Die psychosozialen Folgen von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen

Der Zwang zur dauerhaften Anpassung an eine heteronormative Vorgabe, die Beschränkung der individuellen Entwicklungspotentiale, die Ablehnung und Entwertung von Gefühlen sowie die latent wahrgenommene Bedrohung der eigenen Person wirken sich erschwerend auf die Identitätsentwicklung aus und beeinträchtigen das Wohlbefinden in erheblichem Maße.

- Verunsicherungen und Ängste
- Verleugnung bzw. Disziplinierung des eigenen Begehrens und der psychosexuellen Identität
- Führen eines Doppellebens
- Vereinsamung usw.

können bei Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* als ständige Stressfaktoren zu psychischen und körperlichen Erkrankungen führen. Häufig ist die Entwicklung eines positiven Selbstbewusstseins und Selbstwertgefühls erst durch große Anstrengungen möglich.

Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen führen oft zu persönlichen Konflikten und Lebenskrisen. Dabei lösen verbale, psychische und körperliche Übergriffe emotional tief greifende Reaktionen wie beispielsweise Schock, Angst- und Schuldgefühle, Gefühle der Ohnmacht, Demütigung und Entwertung sowie der Wut, Empörung und Aggression aus. Diese Krisen können sich niederschlagen unter anderem in Depressionen, Ängsten, Süchten, sexuellen Problemen, Isolation und Einsamkeit.

Häufig erleben Lesben und Schwule diese Probleme im kritischen Coming-out-Prozess. Unsicherheit über die eigene sexuelle Identität erleben auch transsexuelle Jugendliche. Komplexer stellt sich das Problem bei Inter* dar, beispielsweise bei denjenigen, die unwissentlich oder unaufgeklärt operiert wurden, oder wenn es darum geht, sich in der zwischengeschlechtlichen

Identität zurechtzufinden. Vielfach sind auch die Angehörigen überfordert und hilflos. Oft wissen Eltern, Geschwister, Verwandte, Ehepartner_innen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* nicht, an wen sie sich ratsuchend wenden können.

Noch immer treffen LSBTI* im Gesundheitswesen auf Barrieren, die einer angemessenen und bedarfsgerechten psychosozialen Versorgung im Wege stehen. Dazu gehören die Fehlinterpretationen von homosexuellen Identitäten als ausschließlich sexuelles Handeln, die Abwertung von homosexuellen Identitäten als „Phase“ bei jungen Menschen, Versuche der Konversion der sexuellen Identität und die Herabwürdigung der Beziehungen von Lesben und Schwulen. In der allgemeinen Beratung und Psychotherapie wirkt noch immer nach, dass Homosexualität bis 1992 nach der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Krankheit galt. Trans* wird noch immer im Diagnoseschlüssel der WHO als „Geschlechtsidentitätsstörung“ bezeichnet. Dies geht einher mit der Tendenz zur Pathologisierung, die für die Betroffenen besondere Anforderungen stellt, die psychosozialen Folgen dieser Diskriminierung zu bearbeiten und mit ihnen leben zu lernen. Inzwischen wird die Tendenz zur Pathologisierung auch von medizinischen Fachgesellschaften kritisiert.

Herausforderungen in verschiedenen Lebensphasen

Jugend

In der krisenhaft erlebten Phase des Erwachsenwerdens stellt sich allen Jugendlichen die Frage nach der eigenen Identität. Hier geht es um die psychosoziale Verarbeitung der neuen aktiven und sexuellen Anteile der Person. Für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* ist es jedoch ungleich schwerer, in dieser Phase und oftmals lebensgeschichtlich sehr viel später eine positive Matrix einer unbeschadeten Identität zu entwickeln. Vor dem Hintergrund einer sowohl latenten als auch zum Teil offenen Homo- und Transsexuellenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft können sich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* nicht immer selbstverständlich als Personen mit Kongruenz und Kontinuität verstehen, ihre sexuelle Identität integrieren, ein positives Selbstwertgefühl entwickeln sowie sich der Anerkennung ihrer Angehörigen und Freund_innen sicher sein.

So belegt beispielsweise eine Studie⁵ für die Gruppe der homosexuellen Jugendlichen, dass Suizide und Suizidversuche hier viermal häufiger anzutreffen sind als bei ihren heterosexuellen Peers. Auslöser für einen Suizidversuch sind unter anderem Einsamkeit und mangelnde Gesprächspartner_innen, mit denen über die eigene Gefühlslage gesprochen werden kann.

Trans* Jugendliche haben eine besonders schwere Coming-out-Situation. Sie wird blockiert durch das dichotome Geschlechtermodell und Ausgrenzungserfahrungen. Das Unverständnis der Gesellschaft, konstatiert die Studie des LSVD zur Lebenssituation von Transsexuellen in Nordrhein-Westfalen, kann zu Selbstmordgedanken oder -versuchen führen.

⁵ Vgl. Sie liebt sie. Er liebt ihn. Eine Studie zur psychosozialen Situation junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin, Berlin 1999 und Biechele, Ulrich: Schwule Jugendliche. Ergebnisse zur Lebenssituation, sozialen und sexuellen Identität. Hg. v. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Hannover 2001

Besonders für die Gruppe der Jugendlichen besteht ein Bedarf an psychosozialer Beratung. Es ist wichtig, dass die Identitätsentwicklung empathisch begleitet wird und Räume für die Selbstfindung zur Verfügung gestellt werden. Neben der persönlichen Beratung besteht die Aufgabe sowohl darin, präventiv zu wirken, als auch durch Sichtbarmachen der strukturellen Diskriminierung zu einer Bewusstseinsveränderung innerhalb des gesellschaftlichen Umfeldes beizutragen.

Familiengründung/Familienleben

Durch das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft ist es Lesben und Schwulen möglich, ein der Ehe vergleichbares Verwandtschaftsverhältnis zu begründen. Da jedoch Partner_innen einer eingetragenen Lebenspartnerschaft noch immer nicht die gleichen Rechte wie Ehepaare haben, ergeben sich u. a. dadurch für die psychosoziale Beratungspraxis neue Herausforderungen: Berücksichtigt werden müssen Probleme bei

- Begründung einer eingetragenen Partnerschaft
- Familiengründung
- Kinderwunsch
- Adoption von Kindern und Pflegeelternschaft

Hinzu kommen unter anderem die psychosoziale Beratung bei Krisen der Partnerschaft, bei Trennung und Scheidung, bei Streitigkeiten um das Sorge- und Umgangsrecht, bei häuslicher Gewalt oder eine Krisenintervention bei Verlust einer Partnerin oder eines Partners.

Bildungs- und Arbeitsleben

Durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wurde eine gesetzliche Regelung geschaffen, um ein Rechtsinstrument gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu haben. Tatsächlich findet Diskriminierung jedoch weiterhin in

- Schulen
- Ausbildungsbetrieben
- an Arbeitsplätzen
- im Verhältnis von Bürger_innen zur öffentlichen Verwaltung

statt.

Ziel der Beratung ist es, LSBTI* unter Berücksichtigung der rechtlichen Grundlagen zu Empowerment zu befähigen. Davon unabhängig bleibt die gesellschaftliche Notwendigkeit, Multiplikator_innen, Führungskräfte und Mitarbeiter_innen zu sensibilisieren,

- Diskriminierung zu erkennen
- die Diskriminierten vor weiterer Diskriminierung zu schützen
- Diskriminierung durch diskriminierende Personen zu unterbinden

Fragen des Älterwerdens

Viele LSBTI* haben keine eigenen Kinder, aber laut Statistischem Bundesamt werden 70 % der Betreuungs- und Pflegeleistungen im Alter durch nahe Angehörige erbracht⁶. Dies ergibt für LSBTI* folgende Fragestellungen:

- Wie wird mein nahes Umfeld sein, wenn ich älter und alt werde?
- Wo und wie werde ich wohnen, wenn ich alt bin?
- Wo wird, sofern ich pflegebedürftig werde, auf meine besonderen Bedürfnisse eingegangen?

Die psychosoziale Beratung kann hier zur Klärung beitragen.

Darüber hinaus kommen neue Herausforderungen auf Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen zu, wenn sie kultursensible Angebote offerieren wollen.

⁶ https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/01/PD13_024_224.html

Intersektionaler Ansatz: Komplexer Blick auf mehrdimensionale Diskriminierung

Berater_innen in den Spezialberatungsstellen sind versiert im Umgang mit LSBTI* Ratsuchenden, die aufgrund von Herkunft, Klasse, Religion, Weltanschauung, Alter, Behinderung und ihrer sexuellen Identität Diskriminierungen auf mehreren Ebenen ausgesetzt sind. Eine klient_innenzentrierte Beratung erfordert den komplexen Blick auf die soziale Realität und Know-how bei der Anwendung des intersektionalen Ansatzes.

Menschen mit Behinderung

Für Menschen mit Behinderung ist es immer noch schwierig, einen barrierefreien Zugang zu den Lebenswelten der Communities zu haben. Einerseits erfahren LSBTI* in ihrer Community Diskriminierung aufgrund der Behinderung, andererseits stoßen sie bei den Anbieter_innen von Leistungen für Menschen mit Behinderungen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität auf Vorbehalte.

Die oft vorhandene Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie bei Menschen mit Behinderung ist besonders problematisch, wenn eine homophobe Haltung vorherrscht, die eine schnelle Ablösung erfordern würde. Vor allem im ländlichen Raum ist es außerdem schwierig, Treffpunkte für Menschen in vergleichbaren Situationen zu finden.

Menschen mit Migrationsgeschichte

Auch LSBTI* mit Migrationsgeschichte sind mehrdimensionaler Diskriminierung ausgesetzt. Die Akzeptanz der gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und der sexuellen Identität in der Herkunftsgemeinschaft und der Familie hängt unter anderem ab von Bildung, Grad der konservativ heteronormativen Sichtweise auf Geschlechterrollen und/oder religiös begründeten Tabus und der politischen Lage im Herkunftsland. Manchmal kommt es zu einem Bruch mit der Herkunftsfamilie, nach einem Coming-out in einigen Fällen sogar zu Verfolgung durch die Herkunftsfamilie. Gesamtgesellschaftlich, aber auch in den Communities, sind diese Menschen Rassismus ausgesetzt. Sie erleben

Benachteiligung und Entwertung aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder ihrer religiösen Zugehörigkeit.

Genderspezifische Benachteiligungen

Lesbische und Trans* Frauen erleben neben der Benachteiligung als Lesbe und Trans* auch Benachteiligungen und Diskriminierung aufgrund des sozialen, biologischen oder selbst gewählten Geschlechts. Insbesondere Sexualisierung und Bagatellisierung ihrer Lebensformen gehören zum Alltag. Coming-out, Benachteiligungen und Mobbing in Schule und Ausbildung, berufliche Degradierung, sexualisierte, physische und psychische Gewalt, aber auch Gewalt in der Herkunftsfamilie, von Ex-Partner_innen oder häusliche Gewalt im Zusammenleben mit (Lebens-) Partner_innen sind Themen, die in der Beratung aufgegriffen werden. Insbesondere bei lesbischen Frauen spielen auch die Realisierung des Kinderwunsches und der gelebte Alltag in Regenbogenfamilien eine Rolle in der Beratung.

Durch den Rollen- und Geschlechterwechsel ist die Erfahrung der doppelten Diskriminierung ein besonderes Thema für Trans* Frauen, während Trans* Männer sich in ihrer neuen Identität als Mann eher aufgewertet fühlen.

Schwule Männer stehen neben der Benachteiligung als Schwule vor besonderen Herausforderungen aufgrund ihres sozialen und biologischen Geschlechts: In herkömmlichen Vereinen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Netzwerken fühlen sie sich oft nicht gut aufgehoben, die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe sind eingeschränkt. Mitunter wird auch die eigene Gesundheit vernachlässigt. Auch innerhalb der Community sehen sich schwule Männer mit einem stereotypen Männerbild, mit einem Jugend- und Schönheitskult konfrontiert. Die Umsetzung eines Kinderwunsches ist für schwule Männer nur sehr eingeschränkt möglich.

Ziele der psychosozialen Beratung

Gesellschaftliche Gleichberechtigung

Zwar sind in den letzten Jahren große Fortschritte bei der rechtlichen Gleichstellung sexueller Minderheiten erfolgt, aber die tatsächliche Gleichstellung und Akzeptanz in der Gesellschaft sind noch längst nicht erreicht. Davon ist das Alltagserleben der Betroffenen stark geprägt. Das spezifische Beratungsangebot trägt dazu bei, die gesellschaftliche Gleichberechtigung zu fördern, indem die strukturelle Diskriminierung als Ursache psychosozialer Probleme thematisiert und auf die Diskrepanz zwischen rechtlicher und tatsächlicher Gleichstellung hingewiesen wird.

Zugänglichkeit für Ratsuchende

Ziel der spezifischen psychosozialen Beratungsstellen ist es, Angebote für die ratsuchenden Zielgruppen in Standorten mit unterschiedlicher Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen mit verschiedenen Beratungsformen bereitzuhalten. Neben den „klassischen“ Beratungssettings wie Telefonberatung, persönliche Beratung und Beratung in Gruppen sind andere, niederschwellige Formen wichtig geworden:

- E-Mail-Beratung
- Chat-Beratung über die eigene Webseite oder ein Beratungsportal
- Aufklärung und Information über zielgruppenspezifische soziale Netzwerke

Gerade die jüngere Generation nutzt das Internet intensiv. Durch verstärkte Nutzung dieser Medien können somit Ratsuchende erreicht werden, die die klassischen Angebote nicht in Anspruch nehmen.

Selbstbewusst und angstfrei leben

Die Beratung zielt darauf ab, dass Problem- und Notlagen gemeinsam mit der_dem Ratsuchenden aufgearbeitet werden. Die Beratung bietet somit eine Möglichkeit, die Folgen von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen zu verarbeiten. Ratsuchende sollen in die Lage versetzt werden, eine eigenständige Klärung ihrer Identität vornehmen zu können. Dabei werden Hilfestellungen gegeben, damit Ratsuchende Ziele und Wege finden, um am Ende selbstbestimmt und selbstbewusst zu ihrer sexuellen Identität sowie ihrer spezifischen Lebensform zu stehen, so dass sie angstfrei und unbeschwert leben und lieben können.

Gutes Leben

Die psychosozialen Beratungsstellen arbeiten über den Einzelfall hinaus daran, Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität abzubauen. Mit ihren Präventions- und Aufklärungsangeboten setzen sie sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Minderheiten ein.

Die Ratsuchenden werden dabei unterstützt, ihr gesundheitliches Potenzial zu entwickeln. Im Sinne der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation wird Gesundheit als körperliches, geistiges und soziales Wohlergehen verstanden⁷. Das Einstehen für dieses Grundrecht jedes Menschen, unabhängig von Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, einer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, vom Alter oder der sexuellen Identität, benennt den politischen Aspekt der Arbeit der Beratungsstellen, die aus der Lesben- und Schwulenbewegung und deren Eintreten für Emanzipation entstanden sind.

Homo- und Transphobie, Diskriminierungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lösen einen besonderen Stress aus und können sich negativ auf den Gesundheitszustand auswirken. Ein erweiterter Gesund-

⁷ WHO Constitution, verfügbar unter: <http://www.who.int/governance/eb/constitution/en/>, abgerufen am 29.01.2014

heitsbegriff impliziert, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* zu selbstbestimmtem Leben in unterschiedlichen Lebensbereichen befähigt werden. Dazu gehört auch eine adressat_innenorientierte Versorgung im Hinblick auf die Identitätsentwicklung junger Menschen, Partnerschafts- und Beziehungsfragen, Sexualberatung, Familienplanung und Erziehungsfragen sowie gesundes Altern.

Die Einrichtungen setzen sich für das psychische Wohlbefinden der Zielgruppe ein, bieten jedoch keine Psychotherapie an, sondern helfen dabei, geeignete Stellen zu finden. Dafür offerieren sie eine Beratung, deren Ziel die Prävention von psychosozialen Krisensituationen und psychischen Erkrankungen ist. Belastete Ratsuchende finden im geschützten Raum Verständnis, Entlastung und werden aufgefangen. Empathische Hilfen in intensiven Beratungsgesprächen und eine Anbindung an die Community können zur Stabilisierung und zu Empowerment beitragen. Somit kann das Angebot der Spezialberatungsstellen auch dazu beitragen, dass eine langfristige Psychotherapie gar nicht erst in Anspruch genommen werden muss.

Netzwerke und die Zugehörigkeit zu anderen Menschen sind wichtige Bestandteile eines guten Lebens. Die Einrichtungen bieten durch ihr eigenes Eingebundensein in die Community direkten Zugang und Raum zur Gruppenbildung.

Erweiterung der Fachlichkeit

Allgemeine Beratungsdienste, spezialisierte Beratungsdienste mit professionellen und ehrenamtlichen Leistungen sowie Beratungsleistungen der Selbsthilfegruppen haben unterschiedliche Themenzugänge und Qualitäten, die sich wechselseitig ergänzen. Es kommt darauf an, konzeptionell diese Beratungsmöglichkeiten auf Einrichtungsebene, regional sowie überregional zu verbinden und zur gegenseitigen Qualifizierung zu nutzen. Die Schwerpunktsetzung sollte entsprechend der vorhandenen Strukturen erfolgen. Das Netzwerk mit seinen fachlichen Angeboten sollte möglichst durch ein gemeinsames Konzept der Öffentlichkeitsarbeit dargestellt werden.

Ziel der Spezialberatung ist es, sowohl die eigene Beratungspraxis hinsichtlich Strukturierung und Professionalisierung weiterzuentwickeln als auch gezielte Fortbildungsangebote für andere Einrichtungen anzubieten. Für die neuen Zielgruppen sind weitere bedarfsgerechte Beratungsangebote zu entwickeln, die sich eng an den jeweiligen Selbsthilfestrukturen ausrichten. Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Beratungsstellen der allgemeinen Beratungsdienste wird weiterentwickelt.

Leistungen der psychosozialen Beratung

Die spezialisierten Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen bieten die Begleitung von unterschiedlichen Lebensweisen und –formen an. Sie bieten beraterrische Hilfen mit psychotherapeutischen Methoden an und leisten zusätzlich Beratung zu Psychotherapien.

Sie halten ein Spektrum spezifischer Angebote für individuelle Beratung bereit, um Ratsuchende bei der Bewältigung ihrer jeweiligen Konflikte und Lebenskrisen zu unterstützen.

Beratungsinhalte, auf die die beraterischen und damit verbundenen diagnostischen und therapeutischen Hilfen abzielen, sind:

- psychische Probleme (Depressionen, Ängste, Suchterkrankungen, sexuelle Probleme etc.)
- Coming-out
- Zugang zu lesbischen bzw. schwulen Lebensformen und -welten sowie zu Kulturbezügen
- Isolation und Einsamkeit
- Beziehungs- und Trennungsprobleme
- Eingetragene Lebenspartnerschaften
- Altersspezifische Probleme Heranwachsender
- Altersspezifische Probleme älterer Menschen
- AIDS-/HIV-/STD-Beratung, Informationsvermittlung
- Umgang mit Coming-out von Eltern, Angehörigen oder Bezugspersonen
- Gewalterfahrungen und Diskriminierung
- Sexualisierte Gewalterfahrung
- Familiäre Gewalt
- Beziehungsgewalt
- Transsexualität, Transidentität, Transgender
- Informationen zu rechtlichen Themenstellungen
- Kinderwunsch von lesbischen Frauen und schwulen Männern
- Regenbogenfamilien
- Erziehungs- und Familienfragen
- Migrationspezifische Probleme

Bei darüber hinaus gehenden Beratungsinhalten nehmen sie je nach Setting der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Beratung eine verantwortungsvolle Lotsenfunktion wahr. Dies gilt derzeit insbesondere für die Themen Trans* und Inter*; für die über die gemeinsamen Beratungsinhalte hinaus spezifisches Fachwissen (zum Beispiel in der Medizin) erforderlich ist.

Diskriminierungs- und gewaltfreier Raum

Die Beratung für LSBTI* und deren Angehörige gewährleistet als Grundvoraussetzung einen vorbehaltlosen und unterstützenden Rahmen, in dem sie die Akzeptanz von sexuellen und geschlechtlichen Identitäten in sowohl institutioneller, räumlicher als auch beraterischer Weise zum Ausdruck bringt. Das gilt in besonderer Weise für die Beratung von Opfern homophober und transphober Gewalt.

Betroffenenkompetenz, Feldkompetenz, Zielgruppennähe

Um die Akzeptanz und Annahme des Beratungsangebots bei der Zielgruppe zu gewährleisten, muss die entsprechende Beratungsstelle über Betroffenenkompetenz, Feldkompetenz und Zielgruppennähe verfügen und dies nach außen signalisieren.

- Zur Betroffenenkompetenz gehören die Zugehörigkeit der Beratenden zu einer der Zielgruppen und die Präsenz in den jeweiligen Communities. Ein einigendes Merkmal stellt die aufgearbeitete Diskriminierungserfahrung dar.
- Unter Feldkompetenz ist das spezifische Fachwissen zur Lebenssituation und zu sozialen Zusammenhängen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* zu verstehen.
- Zielgruppennähe erfordert Offenheit und Zugänglichkeit einer Beratungsstelle für die Zielgruppe und deren Angehörige.

Vielfalt im Angebot und in den Methoden

Das allgemeine Anforderungsprofil des Spezialdienstes bezüglich Methodenvielfalt im Setting und im Beratungsansatz unterscheidet sich nicht von dem des allgemeinen Dienstes: So gehören unter anderem persönliche Einzel- und Paarberatung, Familienberatung, Gruppenberatung und Selbsthilfe, Telefonberatung und Internetberatung zu den Leistungen der psychosozialen Beratung für LSBTI*.

Die entsprechenden Beratungsstellen halten ebenfalls ein Spektrum verschiedener Ansätze vor; so wird beispielsweise auf der Basis von Gesprächs-, Gestalt- und systemischer Therapie und Beratung gearbeitet.

Fortbildung und Aufklärung

Ein wichtiger Bestandteil der Leistungen des Spezialdienstes sind präventive und vernetzende Maßnahmen; diese tragen unter anderem zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Zielgruppen bei. Konzeptionierung, Weiterentwicklung und Durchführung dieser speziellen Bildungsarbeit erfolgen ebenfalls im Rahmen der fallübergreifenden und fallunabhängigen Arbeit:

- Präventionsarbeit, vorbeugend-aufklärende Aufgaben (z. B. Aufklärungsarbeit durch Informations- und Unterstützungsangebote; Aufbau/Unterstützung von Selbsthilfegruppen; Medien und öffentlichkeitswirksame Informationsvermittlung)
- Kooperationsarbeit, Angebote für andere Institutionen (z. B. offene Sprechstunden in anderen Institutionen; Beratung von Selbsthilfegruppen; themenzentrierte Fortbildung für pädagogische Fachkräfte)
- Gremienarbeit, Mitwirkung in Arbeitsgemeinschaften (z. B. Auf- und Ausbau von kooperativer, vernetzender Zusammenarbeit; Teilnahme an Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, an Projektgruppen und vergleichbaren Runden; Unterstützung/Präsenz bei sozial-räumlich bedeutsamen Anlässen)
- Sonstige fallunabhängige und fallübergreifende Tätigkeit (z. B. Konzeption, Durchführung und Dokumentation von Fachtagungen oder Ähnlichem; Lobbyarbeit, Sponsorsuche; Öffentlichkeitsarbeit)

Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität: Die drei Säulen der Qualitätssicherung und -erweiterung

Die Basis: Institutionelle Rahmenbedingungen und Regeln des fachlichen Könnens

Neben der Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen und Richtlinien – beispielsweise KJHG, Kinderschutzgesetze, Familienrecht, StGB (Schweigepflicht), Sozialdatenschutz – gehören vor allem die Regeln des fachlichen Könnens im Beratungswesen zu den Strukturqualitäten.

Die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen, die die Qualität der Arbeit der spezialisierten Beratungsstelle absichern, gelten grundsätzlich für jede qualifizierte Beratung und damit auch für den hauptamtlichen Bereich psychosozialer Beratung für LSBTI* und deren Angehörige. Dazu gehören u.a.:

- Qualifikation der Mitarbeiter_innen
- Freiwilligkeit der Inanspruchnahme durch die Ratsuchenden
- Direkter Zugang zur Beratungsstelle
- Unentgeltlichkeit der Beratung
- Vertraulichkeit und Verschwiegenheitspflicht
- Zusammenarbeit mit anderen Beratungseinrichtungen und pädagogischen, sozialen und therapeutischen Einrichtungen und Diensten vor Ort
- Vielfalt der angebotenen Arbeitsformen
- Beratung von Fachkräften
- Präventive und aufklärende Arbeit
- Fachliche Unabhängigkeit der Beratungseinrichtungen
- Weiterentwicklung der Regeln des fachlichen Könnens
- Verlässlichkeit des Angebots und Planungssicherheit

Eine multiprofessionelle Besetzung kann von den Spezialberatungsstellen nicht erwartet werden. Der Anspruch einer erweiterten Fachlichkeit wird durch Vernetzung mit anderen Einrichtungen und die verantwortungsvolle Lotsenfunktion der Spezialberatung sichergestellt.

Säule 1: Die Strukturqualität

Neben den allgemeinen Grundsätzen des beraterischen Handelns zeichnet sich die Spezialberatung auch durch spezifische Strukturqualitäten vor allem in den folgenden Bereichen aus:

- Profil und Leitbild der Beratungsstellen sowie Träger:
- Sie bringen die Gleichwertigkeit von hetero- und homosexuellen Lebensweisen, sexuellen und geschlechtlichen Identitäten zum Ausdruck und sprechen sich für eine parteiliche Beratungsarbeit mit den Zielgruppen aus. Sie pflegen einen bewussten Umgang mit Unterschiedlichkeiten, haben Wissen um mehrdimensionale Diskriminierung sowohl in der Mehrheitsgesellschaft als auch innerhalb der eigenen Community.
- Mitarbeiter_innen verfügen über Fachkompetenz, Feld- und Betroffenenkompetenz sowie Zielgruppennähe.
- In der Konzeption sind die spezifischen psychosozialen Beratungsangebote beschrieben.
- Jede spezialisierte Beratungsstelle hält eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit durch eine parteiliche und zielgruppenspezifische Ansprache vor.
- Regional und überregional gibt es Kooperation und Vernetzung mit lesbischen und schwulen Organisationen, mit der Eigenvertretung für bisexuelle, trans* und inter* Menschen und themenspezifischen Kooperationspartner_innen.
- Anonymität gewährleistet einen besonderen Schutz vor ungewolltem Outing.
- Der Beratungsort ist gekennzeichnet durch eine sensible Mischung bei der Berücksichtigung des Schutzbedürfnisses der Ratsuchenden einerseits und gleichzeitiger öffentlich wahrnehmbarer, parteilicher Präsenz andererseits.
- Es gibt geschlechtergerechte Angebote.

Die Selbsthilfe und ehrenamtliche Beratungen werden organisatorisch, räumlich und inhaltlich unterstützt und begleitet.

Säule 2: Die Prozessqualität

Die Basis der beraterischen Beziehung ist eine nicht-heteronormative Haltung. Die beratende Person erlebt die Lebens- und Liebesweise der rat-suchenden Person nicht als das Andere zum Normalen (Heterosexuellen), sondern hat eine selbstverständlich positive Haltung zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt. Auf der Basis dieser Grundhaltung kann in der Beratung vorbehaltlos zu allen Themen gearbeitet werden.

Neben den individuellen Anliegen berücksichtigt der Beratungsprozess folgende Inhalte, die auf die Zielgruppen wirken:

- Gesellschaftlicher Kontext und strukturelle Bedingungen: Der Spezialdienst vermittelt ein Bewusstsein, dass die individuelle Notlage Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen und somit eine gesunde Reaktion auf krankmachende Bedingungen sein kann.
- Wissensvermittlung: Berater_innen informieren über Zusammenhänge von gesellschaftlichen Strukturen und Diskriminierung einerseits sowie über Normen und Werte in der Kultur der Communities andererseits.
- Identitätsstärkung: Förderung der Selbstakzeptanz entgegen der verinnerlichten Homo- und Transphobie.
- Identitätsentwicklung: Hilfestellung bei der Suche nach einem individuellen Selbstbild in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten.
- Beziehungsgestaltung: Hilfe bei der Gestaltung persönlicher Beziehungen vor dem Hintergrund erlernter traditioneller Geschlechterrollen.

Säule 3: Die Ergebnisqualität

Neben der Struktur- und Prozessqualität bietet die Ergebnisqualität das dritte Element der Qualitätssicherung und -entwicklung psychosozialer Beratung. Sie erfasst die Wirksamkeit der beraterischen Intervention und die Zufriedenheit der Ratsuchenden. Zur Ergebnisqualität gehören im Einzelnen:

- die statistische Aufarbeitung der Einzelfallarbeit und der fallübergreifenden Maßnahmen
- die Evaluation der Beratungsarbeit, z. B. durch Zufriedenheitsbefragungen bei den Ratsuchenden und den Berater_innen, durch Einschätzung der Zielerreichung der Angebote aus Sicht der Beteiligten, z. B. hinsichtlich eines erfolgreichen Coming-outs, durch die Fähigkeit, eine eigenständige Klärung der sexuellen und geschlechtlichen Identität vornehmen zu können, die Vermittlung von spezifischem Wissen zur Klärung der eigenen Lebenssituation, beispielsweise zu eingetragenen Lebenspartnerschaften, Regenbogenfamilien usw.
- die Evaluation der Präventions- und Vernetzungsangebote, z. B. durch Zufriedenheitsbefragungen der Netzpartner_innen mit der Kooperationsarbeit, den Informations- und Unterstützungsangeboten, der Informationsvermittlung usw.

Aussagen über die Ergebnisqualität können nur durch Selbstevaluation, Evaluationen wie zum Beispiel durch jährliche Berichte dokumentiert und gegebenenfalls wissenschaftliche Begleituntersuchungen erbracht werden.

Kooperation, Vernetzung und verantwortungsvolle Lotsenfunktion im Sinne der Ratsuchenden

Selbsthilfe ist ein aktiver Ausdruck von Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie braucht eigene Strukturen und Unterstützung. Zugleich ist es wichtig, die Regelstrukturen noch stärker für die Anliegen von LSBTI* Ratsuchenden zu öffnen. Als Teil der Umsetzung des „NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ findet hierzu ein fachlicher Austausch mit den allgemeinen Beratungsstellen statt.

Besondere Bedeutung hat die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote und der Kooperation. Perspektivisch kommt es darauf an, vor Ort eine Struktur im Sinne der Ratsuchenden zu etablieren, in der die Beratungsangebote der Träger transparent vernetzt sind und miteinander kooperieren. Gerade im ländlichen Raum bieten sich hier auch Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit an, wie zum Beispiel durch das Internet. Über Verweismöglichkeiten an andere Einrichtungen hinaus ist es sinnvoll, Beratungskompetenzen zu bündeln und alle Beteiligten an einen Tisch zu holen. So können unterschiedliche fachliche Aspekte zusammenfließen und für Ratsuchende effektiv genutzt werden. Auch Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII sind ein unterstützendes Instrument, um Themen zu befördern und unterschiedliche Professionen und Einrichtungen gewinnbringend zu verbinden.

Die Spezialberatungsstellen nehmen ihre Verweismöglichkeiten und Lotsenfunktion verantwortungsvoll wahr. Dabei haben sie im Blick, ob die Voraussetzungen für eine Weiterverweisung gegeben sind. Feldkompetenz hinsichtlich der Zielgruppe LSBTI* und ihrer Angehörigen, eine vorurteilsfreie Beratung in geeigneten Räumen, eine akzeptierende und wertschätzende Haltung der Berater_innen sind dabei ebenso wichtig wie ein kultursensibles Fachwissen über Lebenslagen und Lebensformen, das die Differenziertheit der sozialen Vielfalt auch unter Genderaspekten im Blick hat.

Interessierte, die zum Thema Beratung von LSBTI*Ratsuchenden mehr wissen möchten, können sich an die fünf spezialisierten Beratungsstellen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und ihre Angehörigen in Nordrhein-Westfalen wenden. Die entsprechenden Kontaktdaten finden sich im Anhang dieser Publikation.

Quellen und Literaturhinweise

„Anders und gleich in NRW“ – Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Forschungsstand, Tagungsdokumentation, Praxisprojekte. Hg. v. Ilse Lenz, Katja Sabisch, Marcel Wrzesinski. Studien Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW NR.15, Essen 2012

Biechele, Ulrich: Schwule Jugendliche. Ergebnisse zur Lebenssituation, sozialen und sexuellen Identität. Hg. v. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Hannover 2001

Bora, Alfons: Zur Situation intersexueller Menschen. Bericht über die Online-Umfrage des Deutschen Ethikrates. Hg. Deutscher Ethikrat, Berlin 2012

Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Hg. v. Marina Rupp, Köln 2009

EU LGBT survey – European Union lesbian, gay, bisexual and transgender survey – Results at a glance. Hg. v. FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Wien 2013

Fibel der vielen kleinen Unterschiede - Begriffe zur sexuellen und geschlechtlichen Identität. Hg. v. Kampagnenbüro „anders und gleich – Nur Respekt Wirkt“ bei der LAG Lesben in NRW e.V., Düsseldorf 2012

Fuchs, Wiebke, Dan Christian Ghattas, Deborah Reinert und Charlotte Widmann: Studie zur Lebenssituation von Transsexuellen in Nordrhein-Westfalen, LSVD (Lesben- und Schwulenverband), Landesverband Nordrhein-Westfalen, Köln 2012

Hammelstein, Philipp: Ist eine Fortbildung in „Affirmativer Psychotherapie mit schwulen, lesbischen und bisexuellen Klienten“ notwendig im Rahmen der Therapieausbildung? 2010, verfügbar unter <http://www.vlsp.de/node/194>, abgerufen am 29.01.2014

Homophobie und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität in den EU-Mitgliedstaaten. Teil II: Die soziale Lage. Hg. v. FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Wien 2009

Homosexualität. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 15-16/2010). Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010

Intersektionale Beratung von/zu Trans* und Inter*. Ein Ratgeber zu Transgeschlechtlichkeit, Intergeschlechtlichkeit und Mehrfachdiskriminierung. Hg. v. Netzwerk Trans*Inter*Sektionalität, Berlin 2013

Intersexualität. Stellungnahme. Hg. v. Deutschen Ethikrat, Berlin 2012

Küpper, Beate und Andreas Zick: Homophobie in Nordrhein-Westfalen. Sonderauswertung der Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Hg. v. Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2012

Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2002. Hg. v. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2003

Morgen, Clara: Mein intersexuelles Kind, Berlin 2013

NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt - gegen Homo- und Transphobie. Aktionsplan der Landesregierung. Hg. v. Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2012

Sie liebt sie. Er liebt ihn. Eine Studie zur psychosozialen Situation junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin, Berlin 1999

WHO Constitution, verfügbar unter <http://www.who.int/governance/eb/constitution/en/>, abgerufen am 29.01.2014

Wolf, Gisela: Gesundheitsversorgung. Barrieren für homosexuelle Patienten.
In: Deutsches Ärzteblatt 2010: 107(44): A 2166–7

Zensus Kompakt. Ergebnisse des Zensus 2011. Ausgabe 2013. Hg. v. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Stuttgart 2014

Anhang

Diese Qualitätsstandards wurden in enger Kooperation von der internen Projektgruppe der Psychosozialen Beratungsstellen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und deren Angehörige in NRW und dem nordrhein-westfälischen Emanzipationsministerium entwickelt. Die Berater_innen der Spezialberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen haben sich mit ihrem fachlichen Know-how und ihren langjährigen Erfahrungen aus dem Beratungsalltag engagiert in den Prozess der Erarbeitung eingebracht. Mitgewirkt haben folgende Einrichtungen:

andersROOM, Schwule Initiative Siegen e. V.

Freudenberger Str. 67
57072 Siegen
www.andersroom.de

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Loher Strasse 7
42283 Wuppertal
www.paritaet-nrw.org

Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e.V.

AK Lesbenberatung & Regenbogenfamilie

Sonnenstr. 14
40227 Düsseldorf
www.lesben-nrw.de

KCM Schwulenzentrum Münster e. V.

Am Hawerkamp 31
48155 Münster
www.kcm-muenster.de

LEBEDO

**Beratungsstelle für Lesben und deren Angehörige
KCR Dortmund e. V.**

Haupt- und Geschäftsstelle

Goethestaße 66 (Edward-Clement-Haus)

44147 Dortmund

www.lebedo.de

**Rosa Strippe Bochum e. V., Psychosoziales Beratungszentrum
für Lesben, Schwule und deren Familien**

Kortumstraße 143

44787 Bochum

www.rosastrippe.de

Rubicon e.V.

Rubensstr. 8-10

50676 Köln

www.rubicon-koeln.de

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 8618-50
E-Mail: info@mgepa.nrw.de
Internet: www.mgepa.nrw.de

Kontakt

Referat „Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender
und Intersexuelle (LSBTI*)“
Eva-Marie Frings
Telefon: 0211 8618-3562
E-Mail: eva-marie.frings@mgepa.nrw.de

Fotos

Titel: Logoauszug © (2014) Kampagne „anders und gleich – Nur Respekt
Wirkt“
c/o LAG Lesben in NRW e.V. // www.andersundgleich-nrw.de
Porträt Ministerin Barbara Steffens: © MGEPA NRW/
Foto: Franklin Berger
Umschlagbild des Ministeriums: © MGEPA NRW/
Foto: Ralph Sondermann

Druck

Völcker Druck GmbH, Goch
© 2015 / MGEPA 155

Die Druckfassung kann bestellt oder heruntergeladen werden:

im Internet: www.mgepa.nrw.de/publikationen

- telefonisch: 0211 837-1001
- Nordrhein-Westfalen **direkt**

Bitte die Veröffentlichungsnummer **155** angeben.



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
E-Mail: info@mgepa.nrw.de
Internet: www.mgepa.nrw.de

